



Brüssel, den 19. Januar 2017
(OR. en)

5421/17

Interinstitutionelle Dossiers:

2016/0097 (NLE)

2016/0098 (NLE)

VISA 16
COASI 6

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Nr. Vordok.:	9780/16 VISA 186 COASI 114
Betr.:	BESCHLUSS DES RATES über den Abschluss – im Namen der Union – des Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Föderierten Staaten von Mikronesien über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte

1. Die Kommission hat am 8. April 2016 einen Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Unterzeichnung¹ – im Namen der Europäischen Union – und die vorläufige Anwendung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Föderierten Staaten von Mikronesien über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte zusammen mit einem Entwurf des genannten Abkommens im Anhang zu dem genannten Vorschlag² und einen Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss des genannten Abkommens³ übermittelt.
2. Im Hinblick auf die Annahme durch den Rat ist der Wortlaut der genannten Beschlüsse sowie der Wortlaut des Abkommens von den Rechts- und Sprachsachverständigen überarbeitet worden.
Die überarbeitete Fassung des Beschlusses über die Unterzeichnung findet sich in Dokument 9777/16 VISA 184 COASI 111. Die überarbeitete Fassung des Beschlusses über den Abschluss findet sich in Dokument 9780/16 VISA 186 COASI 114. Die überarbeitete Fassung des Abkommens findet sich in Dokument 9779/16 VISA 185 COASI 113.

¹ 7765/16 VISA 98 COASI 48 (COM(2016) 192 final).

² 7765/16 VISA 98 COASI 48 ADD 1.

³ 7766/16 VISA 99 COASI 49 (COM(2016) 193 final).

3. Der Rat hat die Unterzeichnung des Abkommens mit den Föderierten Staaten von Mikronesien am 24. Juni 2016 genehmigt. Das Abkommen wurde am 19. September 2016 unterzeichnet und wird seit dem Tag nach seiner Unterzeichnung vorläufig angewendet⁴.
4. Gemäß Artikel 218 Absatz 6 Buchstabe a Ziffer v des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union nimmt der Rat nach Zustimmung des Europäischen Parlaments den Beschluss über den Abschluss des Abkommens an.
5. Der Rat hat am 24. Juni 2016 beschlossen, dem Europäischen Parlament den Entwurf des Beschlusses über den Abschluss und den Text des Abkommens zur Zustimmung zuzuleiten.
6. Am 1. Dezember 2016 hat das Europäische Parlament seine Zustimmung zum Abschluss des Abkommens erteilt und seinen Präsidenten beauftragt, seine Stellungnahme dem Rat, der Kommission und den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und der Föderierten Staaten von Mikronesien zuzuleiten.
7. Dieser Beschluss stellt eine Weiterentwicklung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands dar, an denen sich das Vereinigte Königreich gemäß dem Beschluss 2000/365/EG des Rates vom 29. Mai 2000 zum Antrag des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, einzelne Bestimmungen des Schengen-Besitzstands auf sie anzuwenden⁵, nicht beteiligt. Das Vereinigte Königreich beteiligt sich daher nicht an der Annahme dieses Beschlusses und ist weder durch diesen Beschluss gebunden noch zu seiner Anwendung verpflichtet.
8. Dieser Beschluss stellt eine Weiterentwicklung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands dar, an denen sich Irland gemäß dem Beschluss 2002/192/EG des Rates vom 28. Februar 2002 zum Antrag Irlands auf Anwendung einzelner Bestimmungen des Schengen-Besitzstands auf Irland⁶ nicht beteiligt. Irland beteiligt sich daher nicht an der Annahme dieses Beschlusses und ist weder durch diesen Beschluss gebunden noch zu seiner Anwendung verpflichtet.

⁴ Veröffentlicht im ABl. L 289 vom 25.10.2016, S. 2.

⁵ ABl. L 131 vom 1.6.2000, S. 43.

⁶ ABl. L 64 vom 7.3.2002, S. 20.

9. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird ersucht, das Einvernehmen über den Beschluss über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Föderierten Staaten von Mikronesien über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte zu bestätigen und dem Rat vorzuschlagen, dass er
- den in Dokument 9780/16 VISA 186 COASI 114 wiedergegebenen Beschluss als A-Punkt der Tagesordnung für eine seiner nächsten Tagungen annimmt;
 - beschließt, dass der Wortlaut dieses Beschlusses gemäß Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe d der Geschäftsordnung des Rates im Amtsblatt (Reihe L) veröffentlicht wird.
-